

Lieferando-Revolution: Sozialplan von 97% der Zusteller angenommen!

Lieferando in Wien: 97% der Zusteller stimmen Sozialplan zu. Umstellung auf freie Dienstnehmer und steigender Bedarf an Fahrern.



Wien, Österreich - Am 20. Mai 2025 endete die Frist zur Zustimmung des Sozialplans bei Lieferando, und die Ergebnisse sind deutlich: 97 Prozent der angestellten Fahrer und Fahrerinnen haben dem Plan zugestimmt. Damit wird ein bedeutender Umstrukturierungsprozess im Unternehmen eingeläutet, der auch die Zukunft der rund 650 Fahrer sowie 50 Büroangestellten betrifft. Lieferando plant, seine angestellten Zusteller auf ein Modell freier Dienstnehmer umzustellen, ähnlich wie es bereits von Wettbewerbern wie Foodora und Wolt praktiziert wird. Diese Veränderung wird mit einem Sozialplan in Höhe von 1,7 Millionen Euro unterstützt, der auch einen Härtefallfonds von 400.000 Euro umfasst.

Der Sozialplan sieht unter anderem freiwillige Abfindungen für das Büropersonal vor. Die betroffenen Mitarbeiter werden teils bis August 2025 aus dem Unternehmen ausscheiden, insbesondere die angestellten Fahrer mit langen Kündigungsfristen. Aktuell wird berichtet, dass der Bedarf an Lieferfahrern um 35 bis 50 Prozent steigen soll. Ein Viertel des Auftragsvolumens wird bereits über das neue Modell der freien Dienstnehmer abgedeckt, und das Unternehmen ist derzeit auf der Suche nach solchen Zustellern in Städten wie Graz, Klagenfurt, Linz, Innsbruck und Salzburg.

Wirtschaftlicher Druck und Kritik

Diese weitreichende Entscheidung erfolgt vor dem Hintergrund wirtschaftlichen Drucks, dem sich Lieferando seit einiger Zeit ausgesetzt sieht. Die Umstellung auf freie Dienstnehmer wird von verschiedenen Seiten kritisch beobachtet. Gewerkschaften, die Arbeiterkammer, die SPÖ sowie die Grünen haben vehement gegen den Stellenabbau protestiert und mobilisierten bereits im April zu Demonstrationen von Essenszustellern in Wien.

Die Arbeits- und Sozialministerin Korinna Schumann kündigte an, die EU-Plattformarbeitsrichtlinie zügig umzusetzen und will ein gesetzliches Regelwerk schaffen, das die Arbeitsbedingungen in der Plattformarbeit verbessert. Im Regierungsprogramm wird die Schaffung eines rechtlichen Rahmens für die Plattformarbeit explizit erwähnt. In Österreich besteht seit Anfang 2020 ein Kollektivvertrag für Fahrradzusteller, der jedoch seit Anfang 2023 keine Erhöhung erfahren hat. Das monatliche Bruttoeinkommen für Fahrradboten liegt bei 1.730 Euro, was netto 1.440 Euro entspricht.

Fazit und Ausblick

Der Schritt von Lieferando ist ein bedeutsames Signal für die Zukunft der Plattformarbeit in Österreich. Die umfassenden Veränderungen, die durch den Wegfall eines großen Teils der

angestellten Fahrer und die Einführung von freien Dienstnehmern anstehen, könnten weitreichende Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen und das Einkommen der betroffenen Mitarbeiter haben. Während das Unternehmen seine neue Strategie umsetzt, bleibt abzuwarten, wie sich die Situation für die ehemaligen angestellten Zusteller entwickeln wird und ob die angekündigten gesetzlichen Anpassungen tatsächlich Realität werden.

Details	
Vorfall	Stellenabbau
Ort	Wien, Österreich
Schaden in €	1700000
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.vienna.at• www.nachrichten.at• wien.orf.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at